

Positionen des Verbandes der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost, zur Wiederholung der Wahlen zum 19. Berliner Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2023

Nach dem Debakel in der Wahlorganisation ist eine Wiederholung der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 12. Februar 2023 notwendig. Wir appellieren an die Berliner Bürgerinnen und Bürger, an der Wahl teilzunehmen und ihre Stimme abzugeben. Die Berliner Landesverwaltung sucht ambitionierte Wahlhelfer/-innen. Jeder kann seinen Beitrag zu einem demokratischen Prozess leisten.

Um endlich attraktivere Bedingungen in Berlin herzustellen, braucht es eine echte Verwaltungsmodernisierung mit schnelleren und besseren Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die Entbürokratisierung ist nach wie vor überfällig, um Raum für Innovation und Investitionen zu schaffen. Nur so ist die erwünschte Transformation möglich und das Klima kann profitieren. Eine dogmatische Verbotspolitik sorgt nur für Unfrieden und Konflikt. Wir benötigen stattdessen Technologieoffenheit und die Einsicht, die Wirtschaft als Partner zu entdecken. Für unsere Fachkräfte und Auszubildenden brauchen wir eine gute Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur plus bezahlbaren Wohnraum.

Die Lage aufgrund der Energiekrise ist dramatisch: wir stehen am Abgrund - wenn nicht endlich schnell reagiert wird und die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden, sind unsere Arbeitsplätze in der Industrie gefährdet und weitere strategische Abhängigkeiten wie bspw. bei der Versorgung von Medikamenten drohen.

Es darf keinen Stillstand in der Wahlkampfphase in der politischen Arbeit zur Bekämpfung der Herausforderungen und Probleme durch die Energiekrise geben. Es ist weiterhin entschlossenes Handeln bis zum 12. Februar 2023 notwendig. Die aktuelle Krise kennt keinen Wahlkampf und kann nicht einfach ausgesessen werden. Die nachfolgende Regierungsbildung muss so schnell und geräuschlos wie möglich verlaufen.

Nach wie vor gilt unsere Aussage vom 29. September 2021: uns leitet dabei die Überzeugung, dass ein reines „Weiter so“ für unsere Stadt und unsere Wirtschaft in eine Sackgasse mündet. Deshalb bringen wir folgende Forderungen heran:

Energiekrise gemeinsam lösen und strategische Abhängigkeiten verhindern

Nach wie vor setzt die chemisch-pharmazeutische Industrie alles auf die Transformation zur Klimaneutralität bis zur Mitte des Jahrhunderts. Aber die Transformation gerät in Gefahr, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch weiter steigende Energiekosten riskiert wird.

Für die Betriebe, egal ob Großbetrieb oder KMU, ist die Lage dramatisch. Durch die hohen Strom- und Gaspreise sind die Kosten stark gestiegen – nicht nur für Energie, sondern auch für Rohstoffe. Die zurückgehende Konjunktur erschwert oder verhindert gar die Weitergabe gestiegener Preise. Außerdem laufen immer mehr Altverträge für Strom und Gas mit relativ günstigen Konditionen aus und müssen durch teurere ersetzt werden. **Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht!**

Die Vorschläge der Expertenkommission Gas und Wärme sind gut – und sollten am besten 1:1 und vor allem kurzfristig umgesetzt werden. Die Gesetze der Bundesregierung für eine Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse zeigen jedoch, dass die Förderlogik des Temporary Crisis Framework (TCF) der EU und die Empfehlungen der Gaskommission grundsätzlich nicht miteinander kompatibel sind. Mit den Empfehlungen ist der Eindruck entstanden, alle energieintensiven Unternehmen erhielten im Förderzeitraum Gas für 70 Euro/MWh. Das wird aber durch die TCF-Regeln für wichtige Großverbraucher am Anfang der Wertschöpfungskette gar nicht möglich sein. Dadurch entsteht in einer Situation ohnehin schon rückgängiger Nachfrage ein zusätzlicher Preisdruck auf die Vorlieferanten. Wir fordern, dass sich das Land Berlin für eine Neuverhandlung des EU-Krisenbeihilferahmens einsetzt.

Das Land Berlin muss über den Bundesrat auf ein Belastungsmoratorium drängen und so unnötige Belastungen aufgrund von Bundesregelungen vermeiden, speziell Regelungen, die den Klimazielen widersprechen, wie dem geplanten Energieeffizienzgesetz. Gleichzeitig muss Berlin nicht nur ein Belastungsmoratorium fordern, sondern es auch selbst leben. Die Wirtschaft darf nicht weiter belastet werden, vielmehr müssen Entlastungen ermöglicht werden. Ein Beispiel hierfür ist diskutierte Ausbildungsplatzumlage.

Energiewende und Versorgungssicherheit gewährleisten

Die Versorgungssituation von Erdgas wird nicht nur bis März 2023 äußerst angespannt bleiben. Insbesondere der Winter 2023/2024 dürfte bei nach wie vor ausbleibenden russischen Lieferungen laut allen Vorhersagen besonders herausfordernd werden. Mit einer Normalisierung ist erst danach zu rechnen, wenn alle geplanten LNG-Terminals in Betrieb gegangen sind und das Gasliefervolumen von 2021 wieder erreicht werden kann.

Russland war im Hinblick auf die Lieferung von Gas und Öl von besonderer Bedeutung für Deutschland und Berlin-Brandenburg. Rund die Hälfte des Erdgases, das in der Region verbraucht wurde, kam aus Russland. In Teilbereichen war die Abhängigkeit hier jedoch deutlich höher, zum Beispiel bei Mineralöl. In der Region wurden Tankstellen und Ölheizungen zu 90 Prozent mit russischem Öl versorgt. Der Stress in der Berliner Industrie ist bereits durch die Lieferengpässe und den Rohstoffmangel sehr groß. Großflächige Abschaltungen würden gravierende Schäden für den hiesigen Wirtschaftsstandort zur Folge haben – nicht nur für die Industrie, sondern auch in nahezu allen anderen Wirtschaftsbereichen und müssen daher unbedingt vermieden werden. Notwendig ist jetzt ein Plan zur Versorgungssicherheit für die Wirtschaft, der sowohl die Folgen möglicher Gasengpässe für Beschäftigung und Wertschöpfung berücksichtigt als auch längerfristig bei der Diversifizierung von Lieferquellen und damit beim Abbau von konzentrierten Abhängigkeiten unterstützt. Wir fordern, dass Berlin zusammen mit dem Bund und dem Land Brandenburg an Lösungen für entscheidende Bereiche, wie bspw. für PCK Schwedt, arbeitet.

Berlin muss pragmatisch die Versorgungssicherheit vorantreiben und deshalb alle Hebel in Bewegung setzen, um die Gas- und Stromversorgung dauerhaft sicherzustellen und den Bezug zu diversifizieren. Die Förderung durch Fracking sollte dazu gehören. Alle verfügbaren Kohle- und Kernkraft-Kapazitäten in Deutschland müssen **bis Frühjahr 2024** am Strommarkt teilnehmen können, um die Gasverstromung zu reduzieren.

Der Ausbau von erneuerbaren Energien muss weiter forciert werden und so kosteneffizient wie möglich gestaltet werden. Die stromintensive Transformation der Industrie hin zur Treibhausgasneutralität erfordert sehr viel und günstigen erneuerbaren Strom. Die Entwicklung der Energieträger muss vom Land Berlin betrachtet werden. Für den Ausbau erneuerbaren Energien werden Flächen benötigt.

Der Wasserstoffhochlauf muss angegangen werden. Für die Klimaneutralität ist der Aufbau einer Wasserstoff- und CO₂-Infrastruktur notwendig. Selbst bei sehr ambitionierten Minderungsbemühungen können in manchen Industriebranchen Residualemissionen etwa in Form von Prozessemissionen nicht komplett vermieden werden. Für eine Klimaneutralität muss der Einsatz von CCU/S (Carbon Capture & Utilization/Storage) miteinbezogen werden.

Die Politik sieht große Potentiale in der Wärmewende. Entscheidend für die Betrachtung der Abwärmenutzung ist eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, wobei zu Bedenken ist, dass die Nutzung von Abwärme sehr prozessabhängig ist. Das Nutzen von Abwärme ist immer mit Kosten verbunden. Unter diesem Aspekt könnte die Ausgestaltung entsprechender Förderprogramme, die auch für die Industrie ausgestaltet sind, sinnvoll sein. Grundsätzlich gilt zu beachten, dass die Nutzung von Abwärme einen Abnehmer für Nah-/Fernwärme benötigt. Gerade bei durchgängig betriebenen Anlagen sind Wärmesenken in der öffentlichen Versorgung nicht vorhanden oder können nur im Winterhalbjahr gespeist werden. Die Wärmekapazität ist vielfach nicht ausreichend für die Aufnahme der ganzjährig bereitgestellten Mengen.

Pharma- und Chemiestandort Berlin

Berlin ist ein Schwergewicht der Ostchemie. Hier erwirtschaftet die chemisch-pharmazeutische Industrie Ostdeutschlands rund ein Drittel ihrer Umsätze. Über 90 Prozent davon liefert die Pharmaindustrie. Die Hauptstadt ist zugleich der zweitgrößte Umsatzträger bundesweit: jeden sechsten Euro erlöst die Pharmabranche in Berlin. Nur Hessen erwirtschaftet noch höhere Umsätze mit Produkten aus der Arzneimittelindustrie. Darüber hinaus stellt die Branche insbesondere Wasch- und Körperpflegemittel, Lacke und Farben, Chemiefasern sowie sonstige chemische Erzeugnisse her.

Im Jahr 2021 setzte die Berliner Pharma- und Chemieindustrie 9,6 Milliarden Euro um, was einem Drittel des Gesamtumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes entspricht. Die chemische Industrie ist kapitalintensiv, wohingegen die pharmazeutische Industrie besonders viel in Forschung und Entwicklung investiert. Berlin als bedeutendster Pharmastandort ist zugleich wichtigster Investitionstreiber in der ostdeutschen Pharmasparte. Allein 2020 flossen hier 130 Millionen Euro in Gebäude, Maschinen und Anlagen; der weit überwiegende Teil davon kommt der Pharmasparte zugute.

Die Pharmaindustrie gehört zum Kern der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg. Die enge Verbindung zwischen Forschung, Entwicklung und Kliniken, die Nähe zur Politik sowie gute Bedingungen für die Gewinnung von Spezialisten und Fachkräften zeichnen die Hauptstadtregion aus. Das zeigt, dass unsere Branche auf einem guten Weg ist, dies muss weitergefördert werden. Förderung und Vernetzung darf nicht an der Landesgrenze halt macht. Hier sollte man Synergien nutzen und durch eine bundesländerübergreifende Zusammenarbeit die gesamte Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg stärken.

Im August und September 2022 wurden laut Statistischem Bundesamt die höchsten Anstiege der Erzeugerpreise gegenüber einem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949 gemessen. Die gestiegenen Kosten für die Produktion von Arzneimitteln kann die pharmazeutische Industrie allerdings wegen Rabattverträgen, Preismoratorium, Erstattungs- und Festbeträgen nicht wie andere Branchen über Preisanpassungen kompensieren. Ohne Kapital für Investitionen sind keine Innovationen für morgen möglich. Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz lässt dies nicht zu und wirkt wie ein neues Spargesetz für die Pharmabetriebe. Dieses erschwert völlig unnötig mit den sogenannten AMNOG-Leitplanken den Zugang der Patientinnen und Patienten zu Innovationen.

In den nächsten Gesetzesinitiativen des Bundes für den Gesundheits- und Pharmasektor, wie eines weiteren GKV-Finanzierungsgesetzes im Sommer 2023, muss es darum gehen, die nahezu lückenlosen Preisregulierungen um die Inflation zu berichtigen und Ausnahmen für solche Arzneimittel zu schaffen, die für die Versorgung besonders wichtig sind. Zusätzlich muss die Möglichkeit geschaffen werden, europäische Produktion bei der Vergabe von Rabattverträgen besonders zu honorieren, ohne den Zugang für Anbieter aus Drittstaaten einzuschränken. Das Land Berlin muss sich für den Erhalt und Stärkung des Pharmastandortes Berlin einsetzen.

Transformation ermöglichen: schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren sind notwendig

Der Krieg in der Ukraine hat zu einer Zeitenwende in Deutschland, der EU und der Welt geführt. Das hat Konsequenzen: Deutschland muss den Wegfall russischer Gaslieferungen so schnell wie möglich ausgleichen. Gleichzeitig werden für die Transformationen neue Industrieanlagen aufgrund anderer Produktionsprozesse benötigt. Solaranlagen allein ermöglichen die Transformation der Wirtschaft nicht, sondern es müssen auch Industrieanlagen für bspw. die Herstellung von Medikamenten modernisiert und schneller genehmigt werden. Das setzt auch schnellere Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen voraus. Im Durchschnitt dauern diese sechs Monate länger als gesetzlich vorgegeben. Die umwelt- und verfahrensrechtlichen Regelungen müssen daher umfassend weiterentwickelt werden. Ein Klein-Klein, wie bei den Regelungen zum Brennstoffwechsel, reicht nicht aus. Vorschläge aus dem LNG-Gesetz (LNG: Liquefied Natural Gas), dem Genehmigungsverfahren für Tesla sowie den Regelungen zum beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien liegen auf dem Tisch und zeigen: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

- Mehr Personal in den zuständigen Behörden für Planungs- und Genehmigungsverfahren
- Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung: ein frühzeitiger Dialog zwischen allen Beteiligten unterstützt ein effizientes Anlagenzulassungsrecht. Dazu sind die Verfahren auf die betroffene Öffentlichkeit einzugrenzen und der Erörterungstermin zu streichen. Stattdessen sollte auf digitale Verfahren und einen verständlichen Bürgerbericht gesetzt werden. Wir fordern ein neues bundesweit einheitliches System der Öffentlichkeitsbeteiligung.
- Know-how-Diebstahl vorbeugen und Sicherheit der Anlagen schützen: Neben dem Wettbewerbsschutz sind staatlicherseits Datenschutz und Cybersicherheit angesichts der geopolitischen Lage noch besser zu gewährleisten. Dazu bedarf es bundeseinheitlicher Bewertungsmaßstäbe und geeigneter Prozesse. Das Rechtswesen muss digitaltauglich gemacht werden.
- verständliche Rechtsbegriffe verwenden und EU-Recht entschlacken: der Gesetzgeber muss Anforderungen und Vollzugsvorschriften praxisnah, eindeutig und unmissverständlich formulieren. Außerdem dürfen die vielen Maßnahmen, die auf dem Green Deal der EU aufbauen wie die Industrieemissions-Richtlinie, die deutschen Beschleunigungspläne nicht konterkarieren. Das Land Berlin muss auf Bundes- und EU-Ebene aktiv werden. Das Land Berlin muss den Pakt für Beschleunigung mitgestalten und dafür Sorge zu tragen, dass statt Prüfaufträgen konkrete Vorschläge für Gesetzesänderungen beschlossen werden.

Innovationen und Fachkräfte

Die Bedeutung der Berufsorientierung an Schulen muss in Berlin vorangetrieben werden. Speziell in Gymnasien muss die Berufsorientierung im Hinblick auf die duale Ausbildung gestärkt werden.

Fachkräfte der Gegenwart und Nachwuchsfachkräfte benötigen auch attraktive Rahmenbedingungen von Behörden bei grundlegenden staatlichen Leistungen wie dem Ausstellen von Personalausweisen und Reisepässen. Nicht jedem Arbeitnehmer ist es möglich kurzfristig während der Arbeitszeit einen Termin in einem Bürgerbüro wahrzunehmen. Es ist bedenklich, dass aufgrund der Wahlwiederholung Berliner Bezirke ihre Bürgeramts-Dienstleistungen teilweise deutlich reduzieren. Die Kapazitäten der Berliner Bürgerämter für Dienstleistungen müssen dringend ausgebaut werden.

Arbeitsplatz Berlin: Verkehrsinfrastruktur und Wohnungspolitik fokussieren

Damit Berlin als attraktive Metropole auch künftig für Betriebe und deren Spezialisten und Fachkräfte attraktiv bleibt, sind eine kluge Verkehrs- und Wohnungspolitik unerlässlich.

Im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur sind ganzheitliche Verkehrslösungen für alle Verkehrsteilnehmer auf digitaler Datenbasis schaffen statt punktueller Sondermaßnahmen für einzelne Stadtbereiche wie in der Friedrichstraße. Länderübergreifende ÖPNV-Strukturen (i2030-Vorhaben) müssen schneller umgesetzt werden. Das Land Berlin muss die DEGES politisch bei der Grundsanierung der A 100 (AD Funkturm bis A 111) und der Verlängerung der A 100 (17. Bauabschnitt) unterstützen. Die TVO (Tangentiale Verbindung Ost) muss zügig umgesetzt werden. Das künftige Abgeordnetenhaus muss die fertigen Kapitel „Wirtschaftsverkehr“ und „Neue Mobilität“ des Mobilitätsgesetzes verabschieden. Die Datenplattform zur Erfassung und Modellierung der Verkehrsströme ist umzusetzen.

Berlin profitiert von Infrastrukturmaßnahmen in anderen Bundesländern. Das Land Berlin muss die benachbarten Bundesländer auf Bundesebene dabei unterstützen. So ist eine Anpassung der seewärtigen Zufahrt zum Seehafen Rostock mit einer Vertiefung der Zufahrt um 2 Meter zur Erreichung eines Tiefganges von 15 Metern und einer Wassertiefe von 16,5 Metern nötig.

Die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt in Berlin können dem Transformationspotenzial der chemisch-pharmazeutischen Industrie entgegenwirken. Aus diesem Grund ist ein Kurswechsel in der Wohnungspolitik durch eine Wohnungsbauoffensive nötig. Gebäudebau muss beschleunigt und erleichtert werden durch Veränderungen in Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wie für den Ausbau von erneuerbaren Energien sind für den Bau in bspw. den Bereichen Wohnen und Wirtschaft Flächen notwendig. Das Land Berlin muss mögliche Flächen identifizieren, bereitstellen und dann auch bebauen, denkbar sind Randflächen des Tempelhofer Feldes oder der Elisabeth-Aue. Die Industrie darf nicht benachteiligt werden gegenüber anderen Nutzungsarten: Gewerbeflächen sind notwendig für einen starken Wirtschaftsstandort Berlin. Möglichkeiten für die Lösung der Wohnungsprobleme sind denkbar durch eine stärkere Kooperation mit Brandenburg und einem verbesserten ÖPNV. Um Investitionen im Baubereich anzuregen, sind die Enteignungspläne zu beenden.

Über den Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost (VCI Nordost):

Der Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost (VCI Nordost) vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen der chemischen und pharmazeutischen Industrie in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im Dialog mit Politik, Verwaltung, Medien und Öffentlichkeit sind wir die Stimme der Branche. Im Jahr 2021 setzt die Berliner Pharma- und Chemieindustrie 9,6 Milliarden Euro um und beschäftigt 9.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der VCI Nordost vertritt in Berlin insgesamt 63 Mitgliedsunternehmen.

Adresse: Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Nordost
Lietzenburger Str. 51
10789 Berlin

Webseite: www.nordostchemie.de